

Politische Bildung Was Jugendliche über Demokratie lernen sollen

Wie viel Politik gehört in die Schulen?

Im Tessin ist Staatskunde künftig Teil des Stundenplans. Auch in der Deutschschweiz fordern Parlamentarier mehr Politik im Unterricht. Befürworter gibt es viele, doch so einfach ist die Umsetzung nicht.

VON YANNICK NOCK

Fast klammerheimlich ist dem Tessin gelungen, woran die Deutschschweiz schon mehrmals gescheitert ist: Staatskunde wird zum eigenen Fach an der Mittel- und Oberstufe erklärt. Am Sonntag haben die Tessiner Stimmbürger entschieden, der politischen Bildung mehr Gewicht zu verleihen und sie fix im Stundenplan zu verankern. Künftig lernen Kinder schon früh, wie der Staat, Wahlen und der politische Prozess funktionieren. Für das neue Fach sind mindestens zwei Stunden monatlich vorgesehen. Ausserdem werden Prüfungen geschrieben und Abschlussnoten verteilt.

Im Schatten der alles verschluckenden AHV-Debatte ging nicht nur die Abstimmung, sondern auch die Deutlichkeit des Entscheids unter: 63,4 Prozent stimmten der Gesetzesänderung

zu. Ein erstaunlich hoher Wert für die Frage, wie viel Politik an die Schulen gehört. Mit dem Erfolg im Tessin werden nun wieder Stimmen laut, welche die politische Bildung auch in der Deutschschweiz stärken wollen. «Das Abstimmungsergebnis ist beste Werbung für den Staatskunde-Unterricht an unseren Schulen», sagt Nationalrat Matthias Aebischer (SP/BD) und ehemaliger Lehrer. «Ein eigenes Fach unterstreicht die Bedeutung der politischen Bildung.» Kindern auf allen Stufen sollte altersgerecht die Demokratie näher gebracht werden, sagt er.

Unterstützung erhält Aebischer von seinem Parteikollegen und Oberstufenlehrer Mathias Reynard (VS): «Die politische Bildung gehört fix auf den Stundenplan.» Obwohl in den meisten Lehrplänen Stunden dafür vorgesehen sind - oft gemeinsam mit dem Fach Geschichte -, hängt vieles vom Lehrer ab. Reynard sagt, er selbst lege im Unterricht grossen Wert auf das Fach,

aber das sei nicht bei allen Lehrern der Fall. Das liege auch am fehlenden Lehrmaterial. Es gäbe Kinder, die in ihrer gesamten Schulzeit kaum etwas über den politischen Prozess erfahren würden. «Wir müssen mehr tun», sagt er. Das würde nicht nur die direkte Demokratie stärken, sondern auch Jugendliche für Wahlen und Politik begeistern. «Noch immer beteiligen sich die Jungen zu wenig an Volksabstimmungen.»

Abstimmungen stehen an

Nicht nur die SP sieht Handlungsbedarf. Parteien aus verschiedenen Lagern haben mehrmals versucht, die politische Bildung fix in den Stundenplan zu heben. Oft preschen Jungparteien vor: In den vergangenen Jahren machte sich die Junge CVP in Zürich und dem Thurgau für das Anliegen stark. Im Aargau kam 2009 eine Staatskunde-Initiative der Jungen FDP zustande, die nun vor der Einführung des Lehrplans 21 wieder aus der Schublade geholt werden könn-

te. Und erst diesen Sommer sammelten die Jungfreisinnigen Basei-Staalt genügend Unterschriften für ihre Initiative «Ja zu einem Fach Politik». Sie kommt bald zur Abstimmung.

Auf nationaler Ebene zeigt sich eine ähnliche Dynamik. Im Nationalrat wurden zahlreiche Postulate, die eine stärkere politische Bildung fordern, von links bis rechts unterzeichnet. Trotzdem gilt für die Debatte im Parlament dasselbe wie bei den Abstimmungen in den Kantonen. Fast immer heisst es am Ende: viel Zustimmung, wenig Zählbares.

Anders als im Tessin und der Romandie gibt es in der Deutschschweiz bis heute keinen Kanton, der Staatskunde als eigenes Fach ausweist. Dabei stelle bereits vor Jahren die Studie Citizenship and Education, welche die politische Bildung Jugendlicher in 28 demokratischen Staaten erfasste, der «Musterdemokratie Schweiz» ein schlechtes Zeugnis aus. Für die politische Bildung

der kommenden Generation würde zu wenig getan, hiess es darin. Das liegt auch daran, dass Kritiker fürchten, Lehrer würden die Kinder zu stark beeinflussen (siehe Interview unten).

Mit dem Lehrplan 21 wurde die Debatte neu lanciert, aber für viele nicht zufriedenstellend gelöst. Die politische Bildung verschmilzt mit Geschichte, Geografie und anderen Fächern zu «Räume, Zeiten und Gesellschaften». Dies sei falsch, klagen selbst Historiker. Das Fach Geschichte könne nicht leisten, was eigentlich mit politischer Bildung gemeint sei, nämlich die systematische Behandlung der Funktionsweisen von politischen Prozessen, sagen sie. Nur so könnten Schüler das politische Geschehen richtig einschätzen.

Altbundesrat Couchepin warnt

Doch nicht alle sind dieser Meinung. Für Nationalrat Christoph Eymann (LD/BS), den ehemaligen Präsidenten der Schweizer Erziehungsdirektoren, ist

ein eigenes Fach der falsche Weg. Eymann will Eymann den Kantonen keine Vorschriften machen, andererseits seien die Stundenpläne schon jetzt voll. Zudem würde der Lehrplan 21 die politische Bildung stärker berücksichtigen als früher. Pascal Couchepin, Altbundesrat der FDP und ehemaliger Bildungsminister, glaubt ebenfalls nicht, dass ein Eingriff der Politik nötig ist - zumindest noch nicht. Nur wenn sich die Situation verschlechtert, sieht er ein Pflichtfach als Option. Er erkenne in der Deutschschweiz allerdings einen negativen Trend. Das Interesse am Fach Geschichte schwinde, sagt er - und damit auch die Staatskunde, die im Fach verankert ist.

Die Tessiner Abstimmung gibt den Befürwortern neuen Schub. Der Schulbetrieb selbst hat bereits Massnahmen ergriffen, um die politische Bildung zu stärken. «Wir unterstützen seit langem Bemühungen, die Staatskunde besser zu verankern», sagt Jürg Brühlmann,

Leiter der Pädagogik beim Schweizer Lehrerverband. Er will vor allem die Ausbildung der Lehrer stärken. Auf der Oberstufe sei das Problem, dass viele fachfremde Lehrer Staatskunde unterrichten müssten. Und auf der Primarstufe sei die Grundausbildung mit einem Bachelor schlicht zu kurz, um den Fokus stärker auf die politische Bildung zu richten. Deshalb setzt sich der Verband für eine Masterausbildung für Primarlehrer ein.

Ähnlich argumentiert der Bundesrat. Lehrpersonen sollen an Weiterbildungen noch stärker darauf aufmerksam gemacht werden, wie wichtig Staatskundeunterricht ist, hiess es im vergangenen Jahr. Ausserdem will der Bundesrat klären, ob gesamtschweizerische Musterlehrpläne dem Staatskundeunterricht etwas bringen könnten. Es wäre ein erster Schritt hin zu Tessiner Verhältnissen an Deutschschweizer Schulen, selbst dann, wenn die anstehenden Initiativen scheitern.



Sollen Schülerinnen und Schüler mehr über den Staat und seine Institutionen lernen? Ja - finden zumindest viele Politiker.
GAETAN BALLY/KOESTER